

Innenministerium | Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Landräte der Kreise
und Oberbürgermeister/in (Bürgermeister)
der kreisfreien Städte

Ausländerbehörden

Landesamt für Ausländerangelegenheiten
Schleswig-Holstein
Haart 148

24539 Neumünster

Außenstelle Lübeck

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Mein Zeichen: IV 603-212-29.231.0
Meine Nachricht vom: 17.08.2007

Anita Hildebrandt
Anita.Hildebrandt@im.landsh.de
Telefon: 0431 988-3267
Telefax: 0431 988-3290
PC-Fax: 0431 988-6143267

24.09.2007

**Ausländerrecht;
Nachfolgestaatenproblematik;
- Abschiebungshindernisse durch Verlust der Staatsangehörigkeit**

1. Allgemeines

Insbesondere bei ausreisepflichtigen Staatsangehörigen aus Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion besteht die Gefahr eines dauerhaften Abschiebungshindernisses, wenn sich die Betroffenen über Jahre im Ausland aufhalten und es versäumen oder gezielt unterlassen, sich rechtzeitig im Heimatland registrieren zu lassen.

In Einzelfällen konnten ausländische ausreisepflichtige Staatsangehörige nicht mehr zurückgeführt werden, weil die für die Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung zuständigen Stellen keine Kenntnis über eine drohende Ausbürgerung erlangten und es deshalb versäumt hatten, die Betroffenen zur Registrierung im Heimatland zu verpflichten.

Nach letztem Erkenntnisstand kannten 7 der 15 Nachfolgestaaten den automatischen Verlust der Staatsangehörigkeit im Zusammenhang mit längerem Auslandsaufenthalt und fehlender Registrierung ohne wichtigen Grund. Hierbei handelt es sich um:

- Armenien (7 Jahre)
- Georgien (2 Jahre)
- Kasachstan (3 Jahre)
- Kirgistan (3 Jahre)
- Litauen (3 Jahre ohne Pass im Ausland)
- Tadschikistan (5 Jahre)
- Usbekistan (5 Jahre)

2. Verpflichtung zur Registrierung

Um einen drohenden Verlust der Staatsangehörigkeit abzuwenden, bitte ich dafür zu sorgen, betroffenen Personen, die einen Nachweis über die Genehmigung zur Wohnsitznahme im Ausland nicht bereits vorlegen können, rechtzeitig aktenkundig zu verpflichten, einen Nachweis über die hierfür erforderliche Registrierung bei der jeweiligen Auslandsvertretung zu erbringen. Anderenfalls sind rechtzeitig vor Eintritt der Staatenlosigkeit aufenthaltsbeendende Maßnahmen einzuleiten.

Vorsorglich weise ich darauf hin, dass die im Pass eingetragene Gültigkeitsdauer nicht zwingend mit dem Zeitpunkt für den drohenden Verlust der Staatsangehörigkeit übereinstimmen muss. Mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit dürfte jedoch auch der Pass seine Gültigkeit verlieren.

Im Zeitpunkt einer evt. erforderlichen aufenthaltsrechtlichen Entscheidung dürfte weder die Staatenlosigkeit bereits eingetreten noch ein vorhandener Pass durch den Verlust der Staatsangehörigkeit schon ungültig geworden sein. Die Entscheidung muss dennoch **vor dem Eintreten dieser Ereignisse** getroffen werden, um eine auf Dauer eintretende Unmöglichkeit der Rückführung vorzubeugen.

3. Rechtsgrundlagen

Es stellt sich die Frage nach der Rechtsgrundlage

- für eine Verpflichtung, sich zur Vermeidung von Staatenlosigkeit im Heimatland bzw. bei seiner Auslandsvertretung registrieren zu lassen sowie
- für eine evt. erforderliche Beendigung eines rechtmäßigen Aufenthalts vor dem Eintreten der Staatenlosigkeit.

Im Rahmen der Mitwirkungspflicht nach § 82 Abs. 1 AufenthG ist ein Ausländer verpflichtet, innerhalb einer von der Ausländerbehörde gesetzten Frist Unterlagen und Nachweise vorzulegen. Nach Abs. 4 kann außerdem angeordnet werden, dass ein Ausländer bei der Auslandsvertretung seines Herkunftslandes persönlich erscheint.

Die Erfüllung der Passpflicht (§ 3 AufenthG) stellt eine Erteilungsvoraussetzung nach § 5 Abs. 1 Nr. 4 AufenthG dar. Weiterhin darf der Aufenthalt des Ausländers nicht Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen oder gefährden (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG).

Bei Wegfall einer für die Erteilung oder Verlängerung wesentlichen Voraussetzung kann die AE **nachträglich befristet** werden (§ 7 Abs. 2 S. 2 AufenthG). Die Erfüllung der Passpflicht stellt zwar eine wesentliche Voraussetzung dar. Ziff. 7.2.2.2 der Vorläufigen Anwendungshinweise (VAH) regelt jedoch, dass § 52 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG (Widerruf) anzuwenden ist, wenn ein gültiger Pass oder Passersatz nicht vorliegt.

Nach § 52 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG kann ein Aufenthaltstitel **widerrufen** werden, wenn der Ausländer keinen gültigen Pass mehr besitzt, nach Nr. 2 auch dann, wenn er seine Staatsangehörigkeit verliert. Nach der Ziff. 52.1.1.1 der VAH ist der Aufenthaltstitel zu widerrufen, wenn der Ausländer **zumutbare Anforderungen** zur Erlangung eines Passes **nicht erfüllt**. Eine Nichtregistrierung führt zum Verlust eines vorhandenen Passes bzw. macht die Beantragung eines neuen oder Verlängerung eines vorhandenen Passes unmöglich.

Wer sich im Bundesgebiet aufhält ohne die Passpflicht (§ 3 Abs. 1 i.V.m. § 48 Abs. 2 AufenthG) zu erfüllen, macht sich strafbar (§ 95 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG). Die fahrlässige Handlung ist bußgeldbewehrt.

Hinweise auf verkürzte Fristen zur Vermeidung von Problemen im Zusammenhang mit einer Aufenthaltsbeendigung finden sich in Ziff. 52.1.1. VAH. Danach kann von einem Widerruf des Titels abgesehen werden, wenn der Titel innerhalb der nächsten sechs Monate abläuft und durch den Verzicht die tatsächliche Aufenthaltsbeendigung nicht wesentlich erschwert oder unmöglich wird.

Lediglich nach Ziffer V. 1.3 der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion (GKI) i. V. m. Art. 13 Abs. 2 SDÜ soll für die Erteilung eines Visums die Gültigkeitsdauer des Passes die Geltungsdauer des Visums **um drei Monate überschreiten**, sie muss ausdrücklich die Rückreise in den Heimatstaat oder die Einreise in einen Drittstaat zulassen.

4. Ergebnis

Aus diesen Vorschriften und Anwendungshinweisen ist erkennbar, dass eine Aufforderung bzw. eine Verpflichtung, Nachweise über eine erfolgte Registrierung vorzulegen und somit einen Nachweis darüber zu erbringen, dass eine Staatenlosigkeit während des oder durch den Aufenthalt im Bundesgebiet nicht eintreten wird, zulässig ist. Anders als bei anderen Entscheidungen, kann die Aufforderung/Verpflichtung jedoch nicht erst nach dem Eintreten des Ereignisses erfolgen, weil bereits mit dem Eintreten des Ereignisses nichts mehr gefordert werden kann.

5. Verfahren

5.1 Legal eingereiste Personen

Bei **einreisewilligen Personen** aus den betreffenden Nachfolgestaaten sollte aufgrund der durchweg relativ kurzen Aufenthaltsdauer bis zum Verlust der Staatsangehörigkeit die jeweils zuständige Auslandsvertretung im Rahmen des Zustimmungsverfahrens aufgefordert werden, vor Erteilung des Einreisevisums zu einem *nicht nur vorübergehenden kurzfristigen* Besuchsaufenthalt, einen Nachweis über die erforderliche Meldung bei den Heimatbehörden einfordern.

Nach erfolgter Einreise kann nur derjenige, der sich nicht (mehr) in einem Asylverfahren befindet, im Rahmen seiner Mitwirkungspflicht aufgefordert/verpflichtet werden, sich an seine Heimatvertretung zwecks Registrierung zu wenden.

Hinsichtlich bereits rechtmäßig im Bundesgebiet **aufhältiger Personen** dürften keine Probleme mit einer solchen Aufforderung/Verpflichtung entstehen, die Betroffenen wissen davon und sind vielfach bereits im Besitz entsprechender Unterlagen. Sofern dies nicht der Fall sein sollte, haben sie selber ein Interesse daran, die für eine Verlängerung des Aufenthalts erforderlichen Unterlagen und Nachweise zu beschaffen.

5.2 Asylbewerber

Asylbewerber können erst ab dem Zeitpunkt, zu dem sie allgemein zur Beantragung eines Passes aufgefordert werden dürfen, zur Registrierung aufgefordert bzw. verpflichtet werden. Aufgrund der möglichen Dauer eines Asylverfahrens kann zu diesem Zeitpunkt eine Staatenlosigkeit jedoch bereits eingetreten sein. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sollte daher im Einzelfall auf eine drohende Staatenlosigkeit hingewiesen und um eine Beschleunigung des laufenden Asylverfahrens gebeten werden.

5.3 Ausreisepflichtige Personen

Probleme könnten insbesondere bei ausreisepflichtigen Personen auftreten. Hinsichtlich dieses Personenkreises dürften keine Zweifel daran bestehen, dass auch sie aufgefordert bzw. verpflichtet werden können und müssen, entsprechende Registrierungen vornehmen zu lassen. Wenn diese Personen keine Bereitschaft zeigen, bei der Vorbereitung einer Abschiebung freiwillig mitzuwirken, dürften solche Aufforderungen wohl ohne Erfolg bleiben. In diesem Fall schließt sich eine Vorführung bei der Auslandsvertretung an.

6. Vorführung zum Zwecke der Registrierung und zur Klärung der Staatsangehörigkeit

§ 82 Abs. 4 AufenthG regelt hinsichtlich einer ggf. zwangsweise durchzuführenden Vorführung, dass diese zur Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen nach dem AufenthG erforderlich sein muss. Aus den oben erwähnten gesetzlichen Regelungen für den Fall eines Aufenthalts ohne gültigen Pass dürften keine Zweifel daran bestehen, dass ein automatischer Verlust einer Staatsangehörigkeit Interessen Deutschlands beeinträchtigen, wenn nicht gar gefährden kann. Maßnahmen zur Vermeidung von Staatenlosigkeit und daraus abgeleitet von Abschiebungshindernissen sind daher auch bei sich noch rechtmäßig im Bundesgebiet aufhaltigen Personen als Vorbereitung von Maßnahmen nach diesem Gesetz zu werten.

Eine evt. erforderliche Vorführung bei der heimatlichen Auslandsvertretung könnte daher auch zum Zweck der Klärung über den Fortbestand der Staatsangehörigkeit und nicht nur zum Zwecke einer Passbeantragung (die sich im Einzelfall nach Klärung der Registrierungsfrage anschließen könnte) dienen.

7. Durch die Ausländerbehörden zu treffende Maßnahmen

Aufgrund der Tatsache, dass eine relativ kurze Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet zu einem Verlust der Staatsangehörigkeit führen kann, muss die Ausländerakte mit entsprechender Terminierung versehen und auf die rechtzeitige Vorlage der angeforderten Unterlagen geachtet werden bzw. dürfen AE-Erteilungen/-verlängerungen nur nach Vorlage entsprechender Nachweise vorgenommen werden. Bei ausreisepflichtigen Personen dürfte es grundsätzlich nicht ausreichend sein, sie lediglich zur Registrierung und/oder Passbeschaffung aufzufordern. Eine solche Aufforderung muss terminiert werden, um im Falle einer Nichtbefolgung eine Vorführung **noch vor Ablauf** des für den Verlust maßgeblichen Zeitpunktes durchführen zu können.

8. Aufhebung von Erlassen

Der Erlass vom 17.08.2007 – IV 603-212-29.231.0 – Nachfolgestaatenproblematik - wird durch diesen Erlass ersetzt und daher aufgehoben.

Gez.
Anita Hildebrandt